

Prof. Dr. Herwig Birg
herwig.birg@uni-bielefeld.de
<http://www.herwig-birg.de>

Integration und Migration im Spiegel harter Daten

Zuerst leugnete die Politik die Existenz demographischer Probleme. Dann wollte man sie durch Zuwanderungen aus dem Ausland lösen. Inzwischen wird behauptet: Zuwanderung, Alterung, Schrumpfung sind große Chancen. Aber man entgeht der demographischen Zukunft nicht, indem man sie überholt.

In hochentwickelten Ländern wie Deutschland sind Demographie und Ökonomie unauflöslich miteinander verwoben. Exportorientierte Volkswirtschaften sichern ihre Konkurrenzfähigkeit durch ständige Produktivitätssteigerungen. Die willkommene Begleiterscheinung des internationalen Wettlaufs um Produktivität und Effizienz ist ein hohes Pro-Kopf-Einkommen. Zu den Folgen dieser Entwicklung gehört auch die zunehmende Attraktivität des Landes für potentielle Zuwanderer.

Eine weitere Begleiterscheinung der ökonomischen Prosperität ist die niedrige Geburtenrate: Hohe Pro-Kopf-Einkommen bedeuten hohe Opportunitätskosten für Kinder. Darunter sind nicht die Ausgaben der Eltern für ihre Kinder zu verstehen, sondern die entgangenen Einkommen, auf die verzichtet wird, wenn Frauen wegen fehlender Betreuungseinrichtungen ihre Erwerbstätigkeit und die Erziehung von Kindern nicht gleichzeitig verwirklichen können. Je besser die beruflichen Qualifikationen der Frauen sind, desto höher sind ihre entgangenen Einkommen bei einem Verzicht auf Erwerbstätigkeit, und desto niedriger ist die Geburtenrate eines Landes. Dieser unter dem Begriff "demographisch-ökonomisches Paradoxon" diskutierte Tatbestand lässt sich, von Ausnahmen abgesehen, in nahezu allen Ländern beobachten.

Wegen seines ökonomischen Erfolgs hat Deutschland nicht nur eine besonders hohe Zuwanderung, sondern auch eine besonders niedrige Geburtenrate, die trotz aller familienpolitischen Reformen wie schon seit vierzig Jahren immer noch zwischen 1,3 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau schwankt. Die Folgen sind eine intensive demographische Alterung sowie eine sich beschleunigende Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren und mittleren Altersgruppen. Bei alledem hat sich das Land daran gewöhnt, die Zuwanderungen als Ersatz für den fehlenden eigenen Nachwuchs zu betrachten.

Wohin diese Entwicklung führt, interessiert meist nur im Hinblick auf die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die sozialen Sicherungssysteme, das Wirtschaftswachstum, den Bedarf an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften, die Auslastung und Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen und andere Bereiche. Deshalb ist nur wenigen bewusst, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels ihre eigenen Ursachen perpetuieren und verstärken. Eine Tendenz zu einem wie auch immer definierten Gleichgewicht kann sich unter diesen Bedingungen nicht einstellen. So führten die niedrige Geburtenrate und die Bevölkerungsschrumpfung wegen der hohen Zuwanderungen nicht zu einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit, sondern zu Arbeitskräfteknappheit bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit.

Wichtig ist auch das folgende Beispiel für eine selbstverstärkende Rückwirkung der Auswirkungen auf ihre eigenen Ursachen: Die zur Versorgung der alternden Bevölkerung und der Migranten ohne ausreichende schulische und berufliche Qualifikation benötigten öffentlichen Mittel erhöhen die Abgaben- und Steuerlast. Wenn die Unternehmen darauf mit drastischen Produktivitätssteigerungen und Personaleinsparungen reagieren, verstärken sie wiederum die

Arbeitslosigkeit und damit die Ursachen der Abgabenlast, der sie mit ihren Maßnahmen zu entgehen versuchen. Diese Prozesse schaukeln sich gegenseitig auf, bis schließlich die positiven Wirkungen des ökonomischen Erfolgs von den negativen Nebenwirkungen übertroffen werden. Mit einer neuen bundesweiten Statistik über die sogenannte "Bevölkerung mit Migrationshintergrund" (Mikrozensus 2007) lassen sich wichtige Konsequenzen der demographisch-ökonomischen Prozesse mit verlässlichen Daten dokumentieren.

Über den Inhalt der Begriffe Migration und Integration gibt es stark divergierende Vorstellungen. Die Bundesländer und das Statistische Bundesamt einigten sich nach intensiven Beratungen auf folgende Definition: Einen Migrationshintergrund haben: erstens Ausländer, zweitens im Ausland geborene und nach 1949 Zugewanderte, drittens Eingebürgerte und viertens Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil eine der vorstehenden Kategorien erfüllt. Danach gehören auch Kinder von hier geborenen Eingebürgerten, die zur sogenannten dritten Generation der Zugewanderten gezählt werden, zur Migrationsbevölkerung.

Von den 82,3 Millionen Einwohnern Deutschlands im Jahr 2007 hatten 15,4 Millionen einen Migrationshintergrund, sie werden im Folgenden kurz als Migranten bezeichnet. Die übrigen 66,8 Millionen Menschen bilden die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (kurz: Nicht-Migranten).

Die wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (19,4 Prozent oder rund drei Millionen Migranten), Polen (6,8 Prozent), die Russische Föderation (6,6 Prozent), Italien (5,5 Prozent), Serbien (3,7 Prozent), Kroatien (3,2 Prozent) und Griechenland (3,1 Prozent). Die Migranten leben im Durchschnitt zwanzig Jahre in Deutschland, bei den türkischen Migranten, der größten Gruppe, sind es vierundzwanzig Jahre. Dies bedeutet, dass viele Zuwanderer, ursprünglich ohne die Absicht zu bleiben, über die Jahre zu Einwanderern wurden.

Demographisch unterscheiden sich die Migranten von der übrigen Bevölkerung durch das um zehn Jahre jüngere Durchschnittsalter und durch ihre höhere Geburtenrate (Deutsche 1,4 Kinder pro Frau, Ausländer inzwischen nur noch 1,6). Da immer noch jedes Jahr etwa ebenso viele Menschen nach Deutschland zuwandern, wie hier geboren werden, führt dies dazu, dass die Zahl der Migranten trotz der Bevölkerungsschrumpfung wächst und nur die Zahl der Nicht-Migranten sinkt.

Die schlechteste Schulbildung bringen die Türken mit

Bildung und Ausbildung der Bevölkerung sind der entscheidende Faktor für das zivilisatorische, ökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau eines Landes. Das wichtigste Kennzeichen von Bildung ist die Erkenntnis, dass sie sich nicht erzwingen lässt, weder bei Eingewanderten noch bei Einheimischen; sie entsteht oder vergeht mit der Kultur eines Landes. Beim Niveauvergleich der schulischen und beruflichen Ausbildung von Migranten und Nicht-Migranten schneiden sowohl die aus Europa Zugewanderten als auch die aus dem engeren Kreis der Herkunftsländer der Europäischen Union (EU-27) Zugezogenen bei weitem schlechter ab als die Nicht-Migranten. Noch wesentlich schlechter ist das Ausbildungsniveau der Zugewanderten aus außereuropäischen Ländern.

So beträgt beispielsweise der Anteil von Personen ohne Schulabschluss bei der männlichen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 1,4 Prozent und 1,3 Prozent bei der weiblichen. Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Ganzes ist das Niveau mehr als fünf- beziehungsweise siebenmal so hoch: 8 Prozent Männer und 10,3 Prozent der Frauen haben keinen Abschluss.

Die besten Werte nach den Deutschen haben Zugewanderte aus Polen (Männer und Frauen je 3,3 Prozent). Für die aus Herkunftsländern der EU-27 Zugewanderten sind es 6,5 beziehungsweise 6,8 Prozent, für Europa als Ganzes 9,9 beziehungsweise 13 Prozent bei den Frauen. Überraschend schlecht schneiden Zuwanderer aus Griechenland (12,3 beziehungsweise 16,2 Prozent) und Italien (11,2 beziehungsweise 13,1 Prozent) ab, ihre Zahlen liegen viel näher bei denen afrikanischer Migranten (16,5 für Männer und 19,1 Prozent für Frauen) als bei denen für die Deutschen.

Bei diesem und bei allen folgenden Vergleichen fallen türkische Migranten durch extrem ungünstige Werte auf, sie übertreffen sogar die ohnehin hohen Zahlen afrikanischer Migranten: Von den Männern haben 17,4 Prozent und von den Frauen 25,9 Prozent keinen Schulabschluss. Für eine kleine Teilgruppe türkischer Migranten (Eingebürgerte und hier Geborene ohne eigene Migrationserfahrung) sind die Werte zwar "nur" doppelt bis dreimal so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Aber für die wesentlich größere Hauptgruppe mit eigener Migrationserfahrung, darunter viele mit türkischer Staatsangehörigkeit, übertreffen die Zahlen die der Deutschen um das Zwanzigfache bei den türkischen Männern und sogar das Fünfunddreißigfache bei den Frauen.

In Deutschland hat sich der Anteil der Personen mit Abitur als höchstem Schulabschluss (Abiturientenquote) seit den Bildungsreformen in den sechziger und siebziger Jahren von Jahrgang zu Jahrgang stark erhöht und fast verzehnfacht. Errechnet man für die nicht nach Alter untergliederte Summe aus jungen und alten Jahrgängen eine Abiturientenquote der deutschen Bevölkerung, erhält man - wegen des hohen Anteils der Älteren mit kriegsbedingt besonders niedrigen Abiturientenquoten - nur eine Durchschnittsquote von knapp sechzehn Prozent. Vergleicht man jedoch gesondert Altersgruppe für Altersgruppe, liegt die Abiturientenquote der Deutschen bei den jungen Altersgruppen jeweils deutlich über der der Migranten. Lässt man jedoch die unterschiedliche Altersstruktur von Migranten und Nicht-Migranten außer Acht, kann dies zu gravierenden Fehlurteilen führen.

So überraschte der Präsident des Statistischen Bundesamtes die deutsche Öffentlichkeit mit der Behauptung einer angeblich höheren Abiturientenquote der Migranten im Vergleich zu den Nicht-Migranten. Er erklärte sich das mit einem hohen Anteil von Migranten aus Mittel- und Osteuropa, die großen Wert auf die Bildung ihrer Kinder legten. Eine Zeitung glaubte gar, der Trend, wonach Migrantenkinder benachteiligt sind, kehre sich nun um.

Wie groß der Abstand zwischen Migranten und Nicht-Migranten ist, wird besonders deutlich, wenn man die Personen mit Abitur auf je hundert Personen ohne Schulabschluss bezieht. Bei den Nicht-Migranten stehen hundert Personen ohne Schulabschluss immerhin 1170 Personen mit Abitur gegenüber, bei den Migranten sind es nur 172. Die höchsten Werte nach den Deutschen haben auch hier Zuwanderer aus Polen mit 942 Einwanderern, die das Abitur haben. Wesentlich schlechter als die polnischen Migranten schneiden die Zuwanderer aus Ländern der EU-27 (330) ab. Mit Abstand am ungünstigsten ist wiederum die Zahl für türkische Zuwanderer, auf hundert Personen ohne Abschluss kommen nur achtundzwanzig mit Abitur - sie erreichen nur ein Viertel des Niveaus der Zuwanderer aus Afrika.

Dass die Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern, insbesondere aus der Türkei, das durchschnittliche Bildungsniveau Deutschlands verringert, mag man erwartet haben. Aber dass dies in starkem Maße auch für die Zuwanderungen aus Europa und aus Ländern der Europäischen Union gilt, ist überraschend. Der Befund wiegt umso schwerer, weil über die Hälfte der nach Deutschland Zugewanderten aus Europa kommt. Bei ihnen haben die Männer zu 9,9 und die Frauen zu 13 Prozent keinen Schulabschluss. Bezieht man die Zahl der Männer

und Frauen mit Abitur auf je hundert Personen ohne Schulabschluss, erhält man für die Zugewanderten aus Europa: 143 (Männer) beziehungsweise 130 (Frauen). Für die aus der Europäischen Union Zugewanderten sind es 301 Männer beziehungsweise 358 Frauen. Alle diese Zahlen sind wesentlich ungünstiger als bei den Nicht-Migranten: Auf hundert Personen ohne Abschluss kommen 1259 Männer beziehungsweise 1084 Frauen.

Bildungsdefizite bremsen das Wachstum und senken den Wohlstand

Ähnliche Disparitäten wie bei der schulischen Qualifikation zeigen sich beim Merkmal "Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss". In der Gruppe der Migranten als Ganzes haben die Männer zu 29,7 Prozent und die Frauen zu 36,8 Prozent keinen beruflichen Bildungsabschluss. Diese Werte liegen ebenso wie die für Zuwanderer aus der EU-27 deutlich über denen der Nicht-Migranten, wo 12,3 der Männer und 23,1 Prozent der Frauen keinen Beruf haben. Extrem hoch sind wieder die Werte für Zuwanderer aus der Türkei: 48,2 Prozent der Männer und sogar 58,6 Prozent der Frauen sind ohne Berufsausbildung. Ihre Zahlen liegen sogar um ein Drittel über denen afrikanischer Migranten. Zuwanderer aus Griechenland und Italien fehlt erstaunlicherweise ebenso häufig ein beruflicher Abschluss wie Zuwanderern aus Afrika.

Auch die Arbeitslosenquote ist bei älteren Menschen unter sonst gleichen Lebensumständen wesentlich höher als bei jüngeren. Da aber Migranten im Durchschnitt um mehr als zehn Jahre jünger als Nicht-Migranten sind, müsste ihre Arbeitslosenquote eigentlich niedriger beziehungsweise ihre Erwerbsquote (Prozentanteil mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit) höher sein als die der Deutschen. Doch die Erwerbsquote der Migranten ist, trotz ihrer jungen Altersstruktur, viel geringer als die der Deutschen.

Der Anteil der Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Arbeitslosengeld beziehungsweise Hartz IV (Sozialunterstützungsquote) bestreiten, übersteigt bei den Migranten den entsprechenden Wert der Nicht-Migranten um etwa das Doppelte: 10,7 Prozent im Vergleich zu 5,1 Prozent bei Männern; 9,1 Prozent der zugewanderten Frauen leben von staatlicher Wohlfahrt und nur 4,3, Prozent der weiblichen Nicht-Migranten. Die Sozialunterstützungsquote der Migranten aus Ländern der EU übertrifft ebenfalls die der Nicht-Migranten. Die höchsten Quoten - zwischen elf und siebenundzwanzig Prozent - haben Zuwanderer aus der Ukraine, aus dem Nahen und Mittleren Osten, der Russischen Föderation, Afrika und der Türkei.

Häufig wird argumentiert, dass von Migranten viele Arbeitsplätze geschaffen würden, weil ihre Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an den Erwerbspersonen) überdurchschnittlich hoch sei. Diese Vorstellung ist falsch: Die Selbständigenquote der Migranten ist niedriger. Nur 8,1 Prozent der Migranten sind selbständig, aber 10,4 Prozent der Nicht-Migranten. Entgegen einer ständig wiederholten Behauptung ist auch die Selbständigenquote der türkischen Migranten nicht größer, sondern niedriger als die der Nicht-Migranten.

Eine bittere Konsequenz der ungünstigen Werte bei den Bildungsstandards, der Erwerbsquote, der Selbständigenquote und der Sozialleistungsquote sind unterdurchschnittliche Einkommen und damit auch geringere Leistungen an Steuern und Abgaben. Der Anteil der Personen, die in die höchste Einkommensklasse fallen (Nettoeinkommen von 4500 Euro und mehr pro Monat), ist bei den Migranten nur halb so groß wie bei den Nicht-Migranten.

Der Entschluss einer zugewanderten Person zur Eheschließung mit einem deutschen Partner ist einer der wichtigsten gesellschaftlichen Integrationsfaktoren. Im Durchschnitt aller

Migrantengruppen hatten achtzehn Prozent der zugewanderten verheirateten Männer eine deutsche Frau; zwanzig Prozent der zugewanderten verheirateten Frauen hatten einen deutschen Mann. Mit Abstand am höchsten sind hier die Anteile bei den Migranten aus Nord-, Mittel- und Südamerika (sechzig bis siebzig Prozent), mit Abstand am niedrigsten die meist unter sich bleibenden Migranten aus der Türkei: Nur acht Prozent der türkischen Männer heirateten eine deutsche Frau, nur drei Prozent der Türkinnen einen deutschen Mann.

Bei den Zugewanderten der dritten Generation sind teilweise Verbesserungen der hier referierten Integrationsindikatoren zu beobachten, aber auch Verschlechterungen. Die Verbesserungen vollziehen sich langsam und betreffen in der Regel quantitativ nicht ins Gewicht fallende kleine Personengruppen. Bis diese Gruppen ein größeres Gewicht haben, werden Jahrzehnte vergehen, in denen das Land im Vergleich zu einer Entwicklung mit geringerer Einwanderung oder mit einer Einwanderung von Menschen, deren Bildung und Ausbildung zumindest nicht schlechter sind als die der deutschen Bevölkerung, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Nachteile erleidet. Als Konsequenz der Absenkung des schulischen und beruflichen Qualifikationsniveaus verringern sich beispielsweise das sonst mögliche Niveau des Pro-Kopf-Einkommens, die Wachstumsrate des Volkseinkommens und das Niveau des Wohlstands.

Geburtendefizite gibt es bisher nur in Europa

Die wirksamsten Integrationsfaktoren für Einwanderungsgesellschaften sind das Bildungssystem, die Arbeitswelt und die zwischenmenschlichen Bindungen durch Ehen oder eheähnliche Beziehungen. Die wirksamsten Desintegrationsfaktoren sind dogmatische, fundamentalistische Religionen sowie die ethnisch, nationalistisch oder tribalistisch verankerten Kulturen der Migranten aus den Entwicklungsländern, in deren Geschichte es nie eine Periode der Aufklärung gab. Der in Deutschland drohende Kulturabbruch durch die Einwanderung bildungsferner Populationen ist aber im Gegensatz zu einem wirtschaftlichen Rückschlag ein für Generationen irreversibler Vorgang.

Europa ist bisher der einzige Kontinent mit Geburtendefiziten. Aber auch die anderen Kontinente befinden sich seit Jahrzehnten in einer Phase des Übergangs von Geburtenüberschüssen zu Geburtendefiziten, so dass die Weltbevölkerung als Ganzes wahrscheinlich ab 2070 in die neue Ära der Weltbevölkerungsschrumpfung übergehen wird. In den Industrie- und Schwellenländern ist es in erster Linie die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die den Wohlstand schafft und gleichzeitig die Geburtenraten zurückgehen lässt. Diese Dynamik untergräbt die Stabilitätsbedingungen der Familien, indem sie die Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen zu langfristigen Festlegungen im Lebenslauf durch Kinder und Partnerbindungen zerstört.

Die Politik zur Erhöhung der Geburtenzahl war und ist in Deutschland wie in anderen Ländern wenig wirksam. Die entsprechenden Maßnahmen werden von den meisten Politikern ohnehin nur als Sozialpolitik für Familien betrachtet. Ein politischer Strategiewechsel zugunsten der Familien, der zu Lasten der wirtschaftlichen Dynamik ginge, wäre nicht sinnvoll. Vielmehr muss ein Weg gesucht werden, der die zur Sicherung des Wohlstands erforderliche wirtschaftliche Dynamik erhält, ohne dass die Stabilitätsvoraussetzungen der Familien erodieren.

Eine solche Politik wäre möglich, wenn bei der jährlichen millionenfachen Neubesetzung von Arbeitsplätzen ein neues Prinzip eingeführt wird: Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen sollte bei gleich qualifizierten Bewerbern Vorrang für Eltern und für Menschen gelten, die familiäre

Leistungen wie Pflegedienste erbringen. Dabei würde das Prinzip Vorrang für Eltern den Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung besser erfüllen als das jetzige Ignorieren der ungleichen Belastungen von Eltern durch Politik und Rechtsprechung. Solange eine international abgestimmte Migrationspolitik nicht existiert, sollte die Zuwanderung nach Deutschland durch Einführung einer doppelten Kontingentierung zielgenauer gesteuert werden: Neben einem Kontingent, mit dem ausschließlich humanitäre Ziele verfolgt werden, sollte bei Bedarf ein zweites, wirtschaftliches Kontingent mit strengen, an den Interessen des Landes orientierten Auswahlkriterien festgesetzt werden.

Herwig Birg ist Volkswirt und Professor emeritus für Bevölkerungswissenschaft der Universität Bielefeld. Er lebt und arbeitet in Berlin.

(Erstveröffentlichung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2009, Nr. 84 / Seite 37)